

## WIENER ARBEITERWOHNHÄUSER 1848-1934

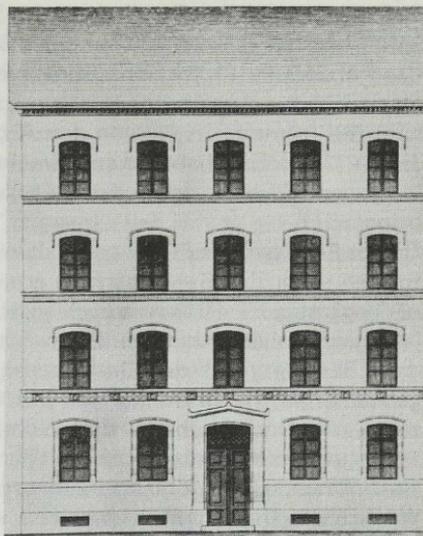
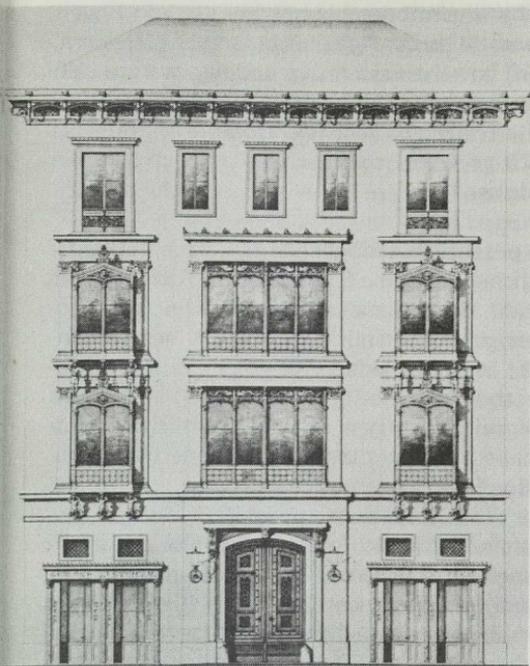
1848 erlebte die erst langsam sich als politische Macht verstehende Arbeiterklasse ihre erste große Niederlage, als sie versuchte, nicht nur ihre Rolle als Bündnispartner des Bürgertums im Kampf gegen Adel, Großgrundbesitzer und Bankiers zu spielen<sup>1</sup>, sondern erstmals auch bereit war, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen. Dies führte zum Bruch mit dem Bürgertum, das sich nach 1848 teilweise entweder zur Großbourgeoisie wandelte oder im späteren Verlauf des Jahrhunderts selbst Teil des Proletariats wurde.

Den bestehenden und nach 1848 sich noch heftiger entwickelnden Klassenantagonismus zwischen aufsteigendem – (fast) schon der Neoaristokratie zuzählendem – Bürgertum und dem Fabrikproletariat zeigen zwei gleichzeitig, nämlich 1847/48 entstandene Entwürfe für ein „Wohnhaus des Herrn Franz Klein in Brünn“<sup>2</sup> (Abb. 1) und „Ein Etablissement für Arbeiterwohnungen in Wien-Leopoldstadt“<sup>3</sup> (Abb. 2) beide von Ludwig Christian Förster<sup>4</sup>.

Förster gelang es laut der von ihm verfaßten Baubeschreibung, „das Wohngebäude für Klein mit angemessenem Schmuck und den gediegeudsten zu Gebote stehenden Materialien auszuführen“. Über die Einflußnahme des Bauherren schreibt er: „Im Uebrigen war es der Wunsch des Bauherrn, als Besitzer sehr ausgedehnter Eisenwerkgeschäfte, ein Beispiel der Anwendbarkeit des Eisens in der Architektur zu geben und alle Theile desselben auf das Solideste, ohne Ueberladung, auszustatten. Die tragenden Figuren der Erker, welche Bergknappen vorstellen, sollen den Stand des Hausbesitzers bezeichnen“<sup>5</sup>. Decouviert sich mit dieser spezifischen Ausgestaltung statisch wichtiger Elemente der Fassade zwar ungewollt die ökonomische Basis des Bergbauunternehmers Franz Klein, die ja auf dem Verkauf der Arbeitskraft eben jener Bergbauknappen, die sein Haus stützen, beruht, so war es deklariertes Ziel der Fassadengestaltung, mit der Verwendung des Eisens die Front als Werbeträger fungieren zu lassen<sup>6</sup>. Damit macht sich die bürgerliche Produktivität aber die künstlerische Durchgestaltung nutzbar. Ebenso wie im Inneren „die Stiegen von weißem Marmor aus der Nähe der dem Hausbesitzer gehörigen Herrschaft Wiesenberg in Mähren sind“ und damit auch als Reklame für die Produkte des Bauherrn bzw. dessen Besitzstand zu dienen haben<sup>7</sup>.

Der spezifischen ästhetischen Qualität der Fassade des Wohnhauses Klein mit der diffizilen Verwendung der Ornamentik und der besonderen Artikulierung der Hauptgeschosse steht der gleichzeitige Entwurf für die Arbeiterwohnungen gegenüber. Der Verzicht auf jeglichen Dekor, die Ähnlichkeit zu gleichzeitigen Fabriksbauten, die gleichartige Durchgestaltung der einzelnen Geschosse machen die wichtigsten Unterschiede in der formalen Lösung der Fassadenarchitektur aus. Der intendierten Individualisierung beim Wohnhaus Klein steht die Anonymisierung bei den Arbeiterquartieren gegenüber, die mißverständlich als Demokratisierungsprozeß interpretiert werden könnte, da alle Geschosse gleich gestaltet sind und keine Fassadenpartie und damit keine der dahinter liegenden Wohnungen, und daraus resultierend, keiner der Bewohner besonders hervortritt.

Das Problem der verschiedenen formal-künstlerischen Lösungen erklärt sich aber daraus, daß das Haus im Fall Klein so ausgestaltet werden mußte, daß dem Hausherrn



*Abb. 2: Ludwig Förster, Etablissement für Arbeiterwohnungen. 1847/48*

*Abb. 1: Ludwig Förster, Wohnhaus des Herrn Franz Klein. 1847/48*

ein Prestigegewinn sicher ist, während es im Falle der Arbeitersiedlung genügt, „nach einer einfachen, jedoch soliden und feuersicheren Konstruktion“<sup>8</sup> zu bauen, da diese Art von Wohnungen als unbedingt notwendiger Reproduktionsbereich für den Arbeiter – bei drückender Wohnungsnot in Wien – auch ohne ästhetische Überhöhung gesicherten Absatz fand.

Dieser vermutete Warencharakter bestätigt sich durch die geplante Finanzierung: „Der Plan zur Ausführung dieses Etablissement besteht darin, daß das Unternehmen auf Hypothekenscheine bewirkt werde, welche eine fünfprozentige Verzinsung genießen und im Wege der Berufung an den Gemeinsinn der Wiener Bevölkerung und selbst der Teilnahme der Arbeiterklasse aufgebracht werden soll. Bei dieser Art der Ausführung glaubte man die Sparsamkeit der Arbeiterklasse anzuregen, die die Zinsen der von ihr nach und nach einzulösenden Hypothekenscheine am Mietzins abrechnen und dadurch nach und nach in die Lage kommen könnte, als Mitbesitzer und Mitinteressent ihre Wohnung frei zu haben“<sup>9</sup>.

Was damit Ludwig Förster vorwegnimmt, ist die 1855 verwirklichte Anlage der Arbeitersiedlung von Mühlhausen in Elsaß, bei der die Arbeiter auch schrittweise zu Hauseigentümern werden sollten. In der Gartenlaube als „Eldorado für Arbeiter“<sup>10</sup> gepriesen, sieht Engels darin den bürgerlich-reaktionären Versuch, eine Klasse von Kleineigentümern zu schaffen, „die das allerreaktionärste Element der Gesellschaft und das stetige Hindernis gegenüber der revolutionären Bewegung des städtischen Proletariats“ seien. „Es würde die Arbeiter wieder zu ebensolchen beschränkten, kriechenden, duckmäuserigen Sklavenseelen machen, wie ihre Urgroßväter waren“<sup>11</sup>.

Daß die bürgerliche Gesellschaft der Habsburgermonarchie nur bei der von Engels beschriebenen Rückentwicklung des Bewußtseins der Arbeiter bereit gewesen wäre, das Förstersche Projekt mitzufinanzieren, beweist dessen Begründung, warum sein Plan nicht zur Ausführung gelangte: „Die inzwischen eingetretenen politischen Verhältnisse (gemeint ist die von den Arbeitern allein getragene Oktoberrevolution des Jahres 1848) aber haben diese gemeinnützige Absicht vorderhand auf sich beruhen lassen und es muß daher der Zeit überlassen werden, dieselbe zur Ausführung zu bringen“<sup>12</sup>.

Die im Försterschen Projekt enthaltenen potentiellen Möglichkeiten, neue Verkehrsformen unter den Bewohnern zu ermöglichen, und die Solidarisierung der Arbeiter zu begünstigen, dürften ausschlaggebende Gründe dafür gewesen sein, das Projekt nicht zu verwirklichen. Denn Förster geht nicht nur vom noch zu besprechenden „Bassentypus“ der Zinskasernen ab, indem er jeden Wohnblock durch 4 Stieghäuser mit je 3 Wohnungen pro Geschoß unterteilt, sondern plant auch noch zahlreiche Gemeinschafts- und Wohnfolgeeinrichtungen mit ein, nämlich: Bibliothek mit Lesekabinett, Lese- und Turnhalle mit Turnplatz davor, Kinderbewahranstalt, Waschküche mit Mangelraum und eine Suppenanstalt.

Waren diese Einrichtungen teilweise, wie etwa Kinderbewahranstalt, notwendig geworden durch die mit der kapitalistischen industriellen Produktionsweise einsetzende Trennung von Produktions- und Reproduktionsbereich und die zur Regel werdende Frauenarbeit in den Fabriken, und nehmen andere etwa wie die Turnhalle erst später virulent werdende Problemlösungen vorweg, die von der Überlegung ausgehen, daß die Qualität der Reproduktionssphäre sich unmittelbar umschlägt auf die ausbeutbare Quantität und Qualität der Arbeitskraft in der Produktionssphäre, so bieten diese Einrichtungen gleichzeitig auch die Möglichkeit der Interaktion und der Ausbildung einer neuen (proletarischen) Lebenspraxis.

Wie in den meisten europäischen Zentren, die sich in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts zu „modernen Großstädten“ entwickelten, herrschte auch in Wien eine gegen 1900 immer mehr zunehmende drückende Wohnungsnot. Ursache für die triste Situation der Wohnverhältnisse war auch in Wien das Faktum, daß die Wohnung grundsätzlich denselben Produktions- und Verteilungsbedingungen unterlag wie alle übrigen Güter. In die Wohnungen – gänzlich in Hand privater Spekulanten liegend – wurde nur dann Kapital investiert, wenn es sich nicht geringer verzinste als alle anderen Kapitalanlagen. Den aus der Vermietung der Wohnung gezogenen Zins stellte man gleich den Zinsen des in der Fabrik oder in Aktiengesellschaften angelegten Kapitals. Um den Profit zu maximieren, strebten die Haus- und Grundeigentümer eine optimale Grundausschlachtung an, wozu ihnen die damalige geltende Bauordnung die legale Möglichkeit bot, da sie eine Verbauung des Areals bis zu 85% der Grundfläche erlaubte. Weiters plante man eine möglichste Dichte von Wohnungen pro Geschoß und versuchte, die Baukosten drastisch herabzudrücken. Dies gelang einfach mit Herrichtung von Substandardwohnungen.

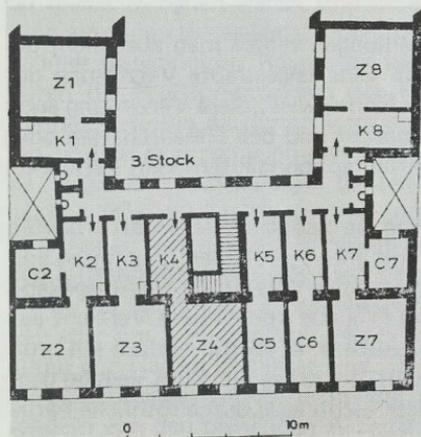
Verschärft wurde diese Lage auf dem Wohnungsmarkt noch durch die Tatsache, daß die Nachfrage bei weitem das Angebot überwog. So betrug beispielsweise zwischen 1880 und 1890 der Bevölkerungszuwachs in den äußeren Bezirken Wiens 3%, die Zahl der Wohnungen stieg aber nur um 1 %. Es wurden daher in schon vorhandenen bewohnten Häusern immer wieder Räume in Dachböden oder Kellern zu Wohnzwecken adaptiert.

Die angestrebte größtmögliche Bodenausnutzung führte städtebaulich zur rasterförmigen Aufschließung ganzer Wiener Vororte, so etwa von Ottakring, weil nur dieses System das angestrebte Ziel garantierte. Die Folge der größtmöglichen Geschoßausnutzung waren möglichst viele, kleine, meist aus Zimmer und Küche bestehenden Wohnungen. Hierzu muß bemerkt werden, daß nach einer Statistik von 1890 44 % aller Wohnungen nur aus diesen beiden Räumen bestanden, und in ihnen 35% der Wiener Bevölkerung wohnten. Als charakteristisch ist der sogenannte Bassenatypus (Abb. 3) anzusehen, der durch einen langen Gang gegen den Hof zu gekennzeichnet ist, von dem aus der Zugang in die Küche erfolgt. Wasserauslauf (eben die Bassena) und die WC liegen am Gang.

Die Schauseiten der Massenmiethäuser (Abb. 4) gestaltete man als Paraphrasen bürgerlicher Miethausfassaden, besonders deren hierarchisch abgestufte Gliederung wurde übernommen. So kommt es vor allem zur dekorativen Auszeichnung des 1. Stockes – in den großbürgerlichen Wohnhäusern die Bel-etage mit der Hausherrnwohnung – obwohl diese de facto oft schon fehlt; somit Indiz für die fortschreitende Akkumulation des Hausbesitzes. Damit entstanden, wie es der Chefarchitekt der Wiener Baugesellschaft formulierte, „jene eigentümlichen Mischlinge von äußerer Palasterscheinung und innerer Dürftigkeit, die den Vororten den Stempel trostloser Ödigkeit und anspruchsvollster Schägigkeit aufgedrückt haben“<sup>13</sup>. Es wäre nun zu untersuchen, ob die Motivation für diese rein äußerliche Sozialerhöhung beim Prestigedenken des Mieters liegt, dem, wie Adolf Loos es schrieb, „selbst wenn er nur ein zimmer und kabinet bewohnt, ein wollüstiges gefühl von feudaler pracht und herrengroße überfällt, wenn er sein wohngebäude von außen betrachtet“<sup>14</sup>, oder

Abb. 4: (rechts) Massenmiethaus, Ottakring.

Abb. 3: (unten) Massenmiethaus, „Bassenatypus“.



ob die Ursache dafür nicht doch in dem vom Hausbesitzer angestrebten wollüstigen Gefühle der Erhöhung des Tauschwertes der an sich als Gebrauchswert nicht befriedigenden Wohnung zu suchen ist. Oder mit Eitelberger-Ferstel in der Widersprüchlichkeit: „Der speculierende Zinshausherr muß sein Haus nach Außen möglichst glänzend ausstaffieren, damit der Wohnung suchende Wiener durch den äußeren Prunk angezogen wird, in das Haus einzutreten, und geneigter ist, einen hohen Zins zu zahlen“<sup>15</sup>. Erst die ärmste besitzlose Klasse konnte und mußte, wie sich schon im Projekt von Förster zeigte, auf die kleinbürgerliche Attitüde des ‚Mehr Schein als Sein‘ verzichten.

Die hohen Mietbeträge konnten von einem Teil der ärmeren Schichten Wiens nur durch Untervermietung und Einquartierung von Bettgehern aufgebracht werden. Die mit der Volkszählung von 1900 verbundene Wohnungsaufnahme erbrachte folgende Angaben: 17% der aus Küche und einem einzigen Wohnraum bestehenden Wohnungen waren von sechs und mehr Personen belegt und der vierte Teil aller Haushaltungen hielt Untermieter oder Bettgeher. Somit lebten über 12% der damaligen Wiener Bevölkerung in fremden Haushalten<sup>16</sup>.

Einer der engagiertesten Vertreter für eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse charakterisierte diese folgendermaßen: „Die Wohnung ist nur die Schutzdecke vor den Unbilden der Witterung, ein Nachtlager, das bei der Enge, in der sich die Menschen drängen, bei dem Mangel an Ruhe, an Luft, an Reinlichkeit, nur dem erschöpftesten Körper zur Ruhestätte werden kann ... Wer in sie hinabgesunken oder hineingeboren wurde, muß körperlich und geistig verkümmern und verwelken oder verwildern“<sup>17</sup>.

Doch erst dann entschloß man sich zu Gegenmaßnahmen, als die weitgehend durch schlechte Wohnverhältnisse bedingten physischen und psychischen Krankheiten die Reproduktion der von der Wirtschaft benötigten Arbeitskräfte gefährdete, wobei die bürgerliche, die Interessen dieser Schicht wahrende Grundhaltung sich decouviert: „Denn der Arbeiter ist unser nächster, nicht nur im moralischen, sondern auch im räumlichen Wortsinne. Nicht alle Infektionskeime prallen an den Spiegelscheiben der Paläste ab. Die Leiden der Armen sind die Gefahr der Reichen“<sup>18</sup>. „Jede Verbesserung der Lebenslage, die auf die körperliche und geistige Kräftigung des Arbeiters einwirkt, erhöht seine Arbeitsfähigkeit und bewirkt in letzter Linie auch eine Steigerung seines Einkommens“<sup>19</sup>.

Auch bei den als Abhilfe gedachten Arbeitersiedlungen vergaß man aber nicht die skizzierten marktwirtschaftlichen Überlegungen. Eine angestrebte Verzinsung des investierten Kapitals zwischen 4 und 8% war die Norm, weil „diese Verzinsung auch bei sonstiger durchaus sicherer Anlage erreichbar ist und den Gesellschaften oder einzelnen Kapitalisten aus der Errichtung von Arbeiterwohnhäusern kein Verlust erwachsen soll“.

Die 90 Wohnungen und 20 Zimmer der 1870 von der Südbahngesellschaft erbauten Arbeiterhäuser in Meidling (Abb. 5) ergaben mit ihren jährlichen Mietzinsen von 85 bzw. 36 Gulden eine durchschnittlich sechsprozentige Verzinsung des Anlagekapitals<sup>20</sup>. Der in der Architektur des Försterschen Projekts konstatierte Verzicht auf jeglichen Dekor ist auch hier feststellbar. „Das Äußere ist ebenso einfach aus ordinärem Ziegelrohbau mit Ziegelgesimsen hergestellt, der ganze Schmuck liegt an dem Hervorheben der Bögen, der Gesimse und einiger Sichtziegel durch röthliche Farbe

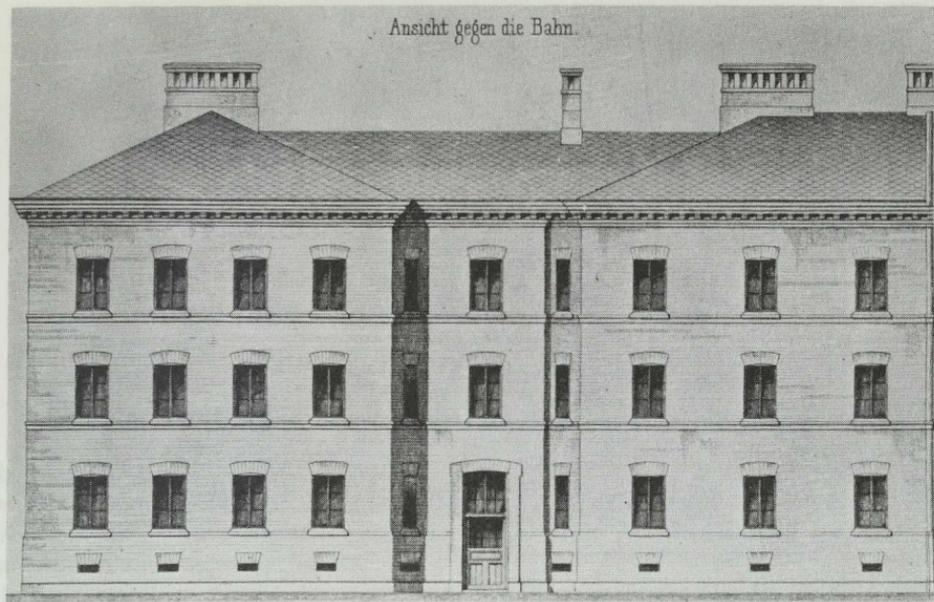


Abb. 5: Arbeiterhäuser der Südbahngesellschaft, Wien-Meidling

und in der verschiedenen Behandlung der Ausfugung des Mauerwerks“<sup>21</sup>. Selbstentlarvend stellt der Architekt fest, daß er „den Eindruck einer Kaserne durch Gliederung der Baumassen mit Vor- und Rücksprüngen“ zu mildern trachtete.<sup>22</sup>

In den achtziger Jahren versuchte ein ‚Verein für Arbeiterhäuser‘ das Mühlhausener System von Einfamilienhäusern für Arbeiter in Wien zu übernehmen, mußte sich aber bald auflösen, weil – wie er sein Scheitern selbst einschätzte – „der Erwerb der Häuser nur der besser situierten Arbeiterklasse vorbehalten war“<sup>23</sup>, da eine sehr hohe Anzahlung geleistet werden mußte und die Monatsraten für die meisten Arbeiter unerschwinglich waren, und daher auch noch mehr als 10 Jahre nach der Errichtung einzelne Häuser leerstanden. Obwohl sie „nur die für eine Arbeiterfamilie unbedingt notwendigen Räume umfaßten“<sup>24</sup>, erklärt sich der hohe Preis nicht nur durch die Profitorientierung des Vereines, sondern auch durch den, ebenso von Kapitalinteressen diktierten Versuch, mit einer spezifischen Verteilung der Baumassen und einer verschleiern den Außengliederung (Abb. 6) die Arbeiterwohnungen zu bürgerlichen villenartigen Bauten hochzustilisieren und sie als billigere Variante der ungefähr gleichzeitig in Wien entstandenen großbourgeois en Cottageanlagen erscheinen zu lassen. Die Gliederung des Baukörpers mit einem höheren, vorspringenden Mittelrisalit und etwas niedrigeren, rückversetzten Seitenteilen mit vorgelegtem Vorgarten täuscht ein Einfamilienhaus mit großen Garten vor. De facto handelt es sich aber um 3 Häuser, von denen eines direkt von der Straße, die beiden anderen durch den Garten betretbar sind. Die intendierte Selbstwerterhöhung des Arbeiters innerhalb seines Wohnbereichs war für ihn nicht nur finanziell unerschwinglich, sondern von den planenden Architekten ihrem Selbstverständnis nach nur in einer Anlehnung an ein bürgerliches Klassenvorbild möglich.

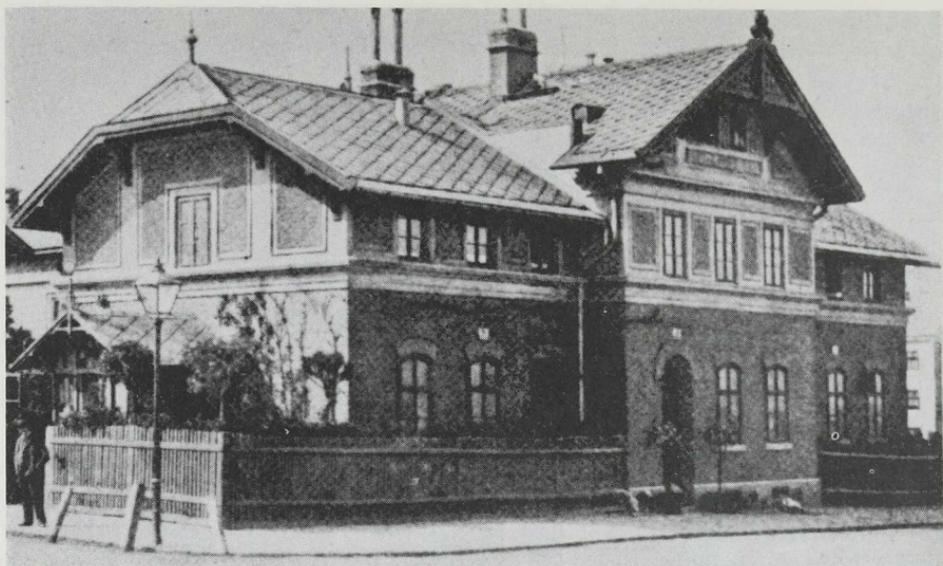


Abb. 6: Arbeiter-Cottage, Wien-Meidling

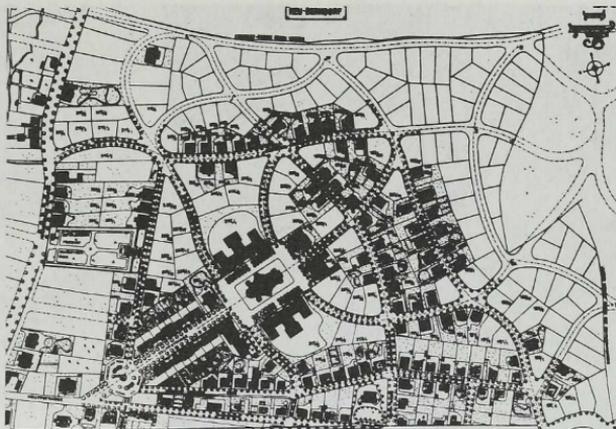
Die Tendenz, im Reproduktionsbereich des Arbeiters die Eigentumsbildung zu forcieren und ihn damit zu verkleinbürgerlichen, ihn an Grund und Boden, d.h. an Haus und Fabrik, oder präziser, an die Personaleinheit von Fabriksunternehmer und für den Hauskauf geldvorschießenden Kapitalisten unlösbar zu ketten, läßt sich am Beispiel der unweit von Wien gelegenen Industriegemeinde Berndorf in Niederösterreich aufzeigen.

Bis 1843 ein unbedeutendes Dorf mit einer Hammerschmiede, unterzeichnete in diesem Jahr die Firma Krupp aus Essen und der Großhändler Alexander Schoeller aus Wien den Gründungsvertrag der Berndorfer Metallwarenfabrik, nachdem ein geeignetes Grundstück mit Wasserkraft<sup>25</sup> angekauft worden war. Produzieren wollte man mit Hilfe der von Krupp entwickelten Löffelwalzmaschine vor allem billiges Besteck, doch war man schon 1848 so flexibel, daß man, als in diesem Jahr – bedingt durch die Revolution – „eine allgemeine Geschäftstockung eintrat, dafür aber eine vermehrte Nachfrage nach Waffen entstand, die Erzeugung von Säbel und anderen Waffen aufnahm. Hierdurch war es möglich, den mit großen Opfern herangebildeten Arbeiterstand ausreichend zu beschäftigen“<sup>26</sup>.

Diese Art von Marktorientierung garantierte den unaufhaltsamen Aufschwung des Werkes. Begann man 1850 mit 200 Arbeitern, so waren es 1906 4000 und 1911 5000, die täglich 4000 Dutzend Bestecke erzeugten, wenn nicht gerade Nachfrage nach Stahlhelmen, Notgeld etc. bestand.

Für die Arbeiter mußte man in dem abgeschnittenen Tal der Piesting Unterkünfte schaffen, und so begann man nach dem Wunsch von Arthur Krupp, Berndorf zu einer „Gartenstadt“ umzuwandeln<sup>27</sup> (Abb. 7). Planverfasser war der Wiener Hof-

Abb. 7: Berndorf, Kolonie „Neu-Berndorf“



burgarchitekt Ludwig Baumann, der seit 1888 Chefarchitekt Krupps in Berndorf war und unter dessen Leitung von der Kirche über die Fleischwerke, Großbäckerei, Konsumanstalt bis zum letzten Arbeiterhaus alles im Architekturbüro des Werkes entworfen und ausgeführt wurde.

In der Gesamtkonzeption der städtebaulichen Planung drückt sich der für die Großbourgeoisie der Monarchie so signifikante Zug zur Refeudalisierung aus. An Stelle der adeligen Trias: Schloß, Meierhof und untertanem Dorf tritt nun Fabrikantenvilla, Fabrik und Arbeitersiedlung, wobei nicht mehr wie am Beginn der Industrialisierung ein enger räumlicher Konnex zwischen dem Wohnsitz des Unternehmers und der Fabrik besteht<sup>28</sup>, sondern die Villa der Krupps – als die Stadt beherrschend – auf einem Hügel situiert ist (Abb. 8). Die strenge achsiale Ausrichtung: Kirche, Kruppstraße, Krupplatz auf die jenseits des Tales liegende Kruppvilla legt den abso-

Abb. 8: Berndorf, Villa Krupp

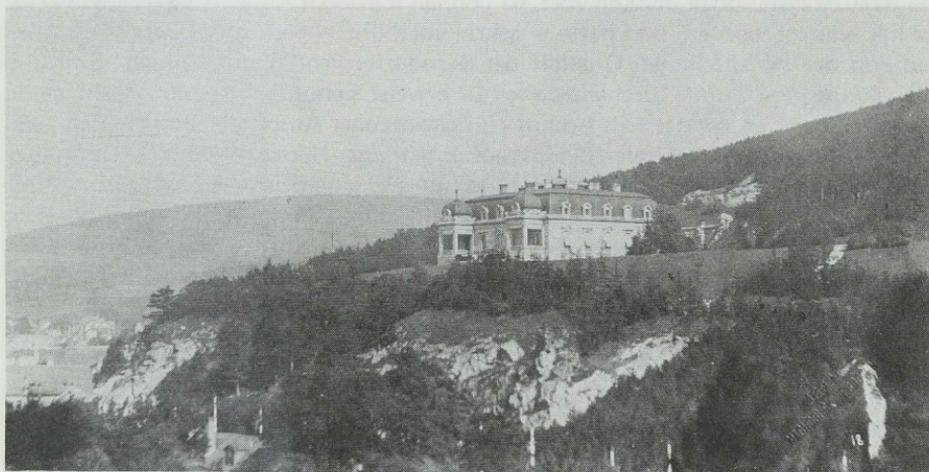




Abb. 9: Berndorf, S. Margarete

lutistischen Anspruch der städtebaulichen Gesamtkonzeption bloß. Kirche und Kapital bilden die Achse, der sich alles andere unterzuordnen hat, wobei sich Krupp natürlich auch die Kirche seinen Unternehmensinteressen dienstbar machte, nicht nur, weil die betont geförderte Religiösität die Arbeiter von den sogenannten „socialdemokratischen Umtrieben“ abhalten sollte, sondern als Stiftung von Margarete Krupp von der reklamewirksamen Wohltätigkeit der Fabrikherrschaft zu zeugen hatte. Darüber hinaus diente sie auch materialiter als Werbeträger für die Erzeugnisse der Berndorfer Fabrik, war doch vom Schrankengitter, Weihwasserbecken, über die Kreuzwegstationen bis zum über 10 Tonnen schweren Altar (Abb. 9) alles in der Fabrik erzeugt worden, und hatte – sakral überhöht – permanent Zeugnis abzulegen von der künstlerischen Qualität der Berndorfer Produkte. Die leicht greifbare Barockrezeption in der Kirchenarchitektur erweist sich unter diesem Aspekt nicht als zeitstilbedingt, sondern als Architektur gewordener Anspruch eines Neofeudalismus. Entsprach dem Selbstverständnis absolutistischer Herrscher ihre Gleichstellung mit antiken Göttern in allegorischer Überhöhung, so jenem der Krupps die Austauschbarkeit der Arme und Kranke beschenkenden Heiligen Margarete im Altar mit Margarete Krupp, da die Heilige die Züge der Fabrikherrin trägt. Auch der Einbau der mit der Kaiserempore vergleichbaren „Kruppempore“ im Chor belegt diese intendierte Grundhaltung.

Die Häuser der Siedlung selbst folgen nicht – wie hervorgehoben wurde – „einer einzigen Schablone“. Mit der Anbietung mehrerer Haustypen (Abb. 10a, 10b) wird dem Arbeiter die Möglichkeit einer freien Entscheidung vorgespiegelt, realiter hat er nur die Entscheidung zwischen einer verschiedenen hohen Verschuldung, da sich die einzelnen Typen vor allem im Preis unterscheiden.<sup>29</sup> Der entwerfende Architekt

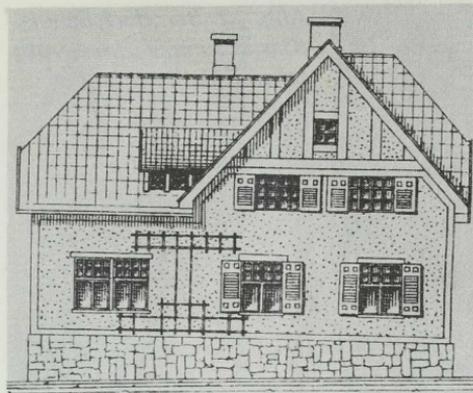


Abb. 10a: Berndorf Arbeiterhaus  
(9300 Kronen)

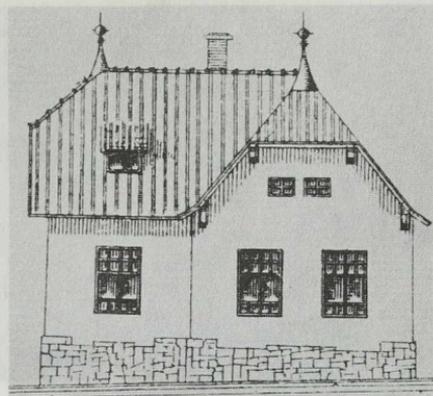
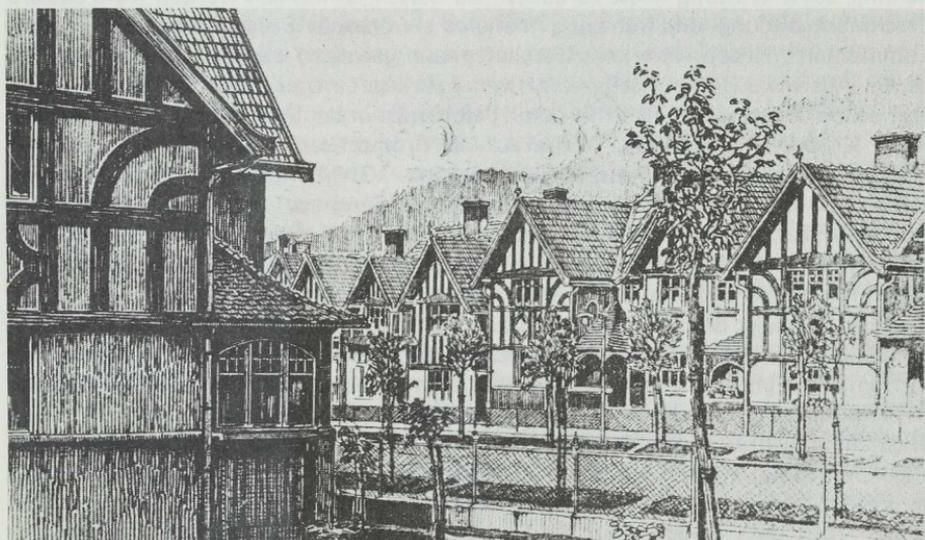


Abb. 10b: Berndorf, Arbeiterhaus  
(11 000 Kronen)

Baumann betonte, „durch geschickte Gruppierung der Häuser die Zusammengehörigkeit zu einem malerischen Ganzen“ (Abb. 11) erreicht zu haben. Dazu dienten auch die von der beschriebenen Hauptachse abgehenden, wie zufällig geführten kurvigen Nebenstraßen. Damit zeigen sich aber die Grenzen der Theorien Camillo Sittes auf. Glaubte er noch mit einer vom Raster abgehenden Stadtplanung das „System“ verbessern oder gar ändern zu können, so beweist ihm Baumann zwanzig Jahre später, daß man seine Ideen in das bestehende System nicht nur integrieren, sondern darüber hinaus noch stabilisierend einsetzen kann. Das in Berndorf entstehende „ma-

Abb. 11: Berndorf, Kruppstraße



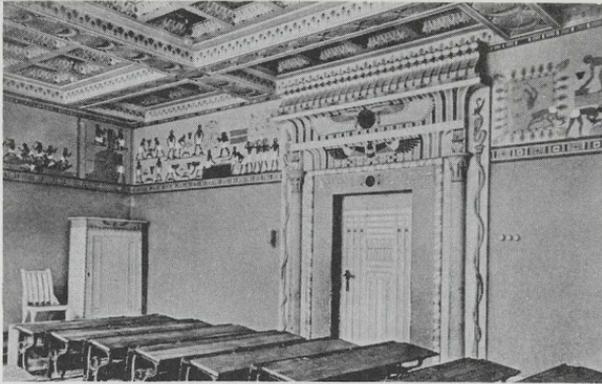


Abb. 12: Berndorf, Schule. Klassenzimmer „im ägyptischen Stile“.

lerische Ganze“ bringt architekturpsychologisch sicher positiv zu wertende Momente der Erlebbarkeit, bindet den Einzelnen durch den Ganzheitsanspruch aber umso mehr an die – als integralen Bestandteil der Stadt bewußt werdende – Fabrik. Produktions- und Reproduktionssphäre sind zwar getrennt, sollen aber durch ihre ästhetische Überhöhung untrennbar als Einheit, als „die eigentliche Heimat“ empfunden werden.

Wie stark Überlegungen einer solchen manipulativen Verwendung der Architektur eine Rolle spielen, erweist das Beispiel der Berndorfer Schulen, in denen jedes Klassenzimmer in einem anderen Stil ausgestattet ist (Abb. 12). Krupp sagte dazu anlässlich der Eröffnung: „Der Innenschmuck soll bei der Jugend nicht bloß frühzeitig das Gefühl für das Schöne bilden, sondern auch die richtige Erkenntnis bringen, daß alles, was heute besteht, das Resultat eines langen geschichtlichen Werdegangs ist. Gewiß wird hier das pädagogische Prinzip, Gewöhnung ist das beste Mittel der Erziehung, seine Wirkung nicht verfehlen. Zu diesen Wirkungen werden wohl bessere Geschmacksbildung und frühzeitig mühelos erworbenes Stilgefühl zählen“<sup>30</sup>. Der Kommentar, „Krupp wäre kein Geschäftsmann gewesen, wenn er nicht gleichzeitig an die Auswirkungen auf seine künftigen Fabrikarbeiter gedacht hätte“<sup>31</sup>, analysiert schon ansatzweise, daß mit dem Historismus in der Schule die zukünftigen Arbeiter Krupps in spezifischer Weise auf die Produktion in der Fabrik vorbereitet werden sollten. Obwohl Massenprodukte (Abb. 13, 14), täuschen die Kruppschen Erzeugnisse eine kunstgewerbliche Einzelanfertigung vor. Dem in Akkord- oder Stücklohn Arbeitenden<sup>32</sup> soll – vermittelt des „frühzeitig mühelos erworbenen Stilgefühls“ – das Massenprodukt zum künstlerischen Einzelstück werden mit dem er sich identifizieren kann.

Dient im Produkt die Stilokkupation zur Verunklärung des Warencharakters, so in der Schule zur prophylaktischen Verschleierung der Produktionsbedingungen. Der entfremdete Fabrikarbeiter soll scheinbar zum kreativen Handwerker, die Nummer im Warenkatalog zu jener eines Kunstkaloges werden.

Ungefähr gleichzeitig mit dem für Österreich in seiner Geschlossenheit und Größe singulären Beispiel der Berndorfer Fabrikstadt konstituierte sich in Wien die „Kaiser Franz Joseph Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen“ mit dem Zweck, „auf die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der är-

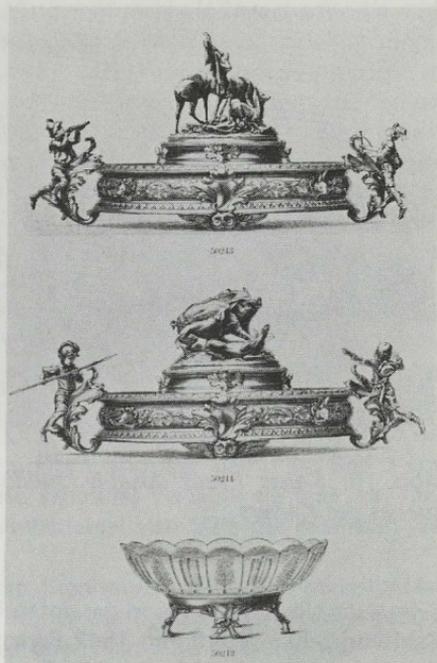
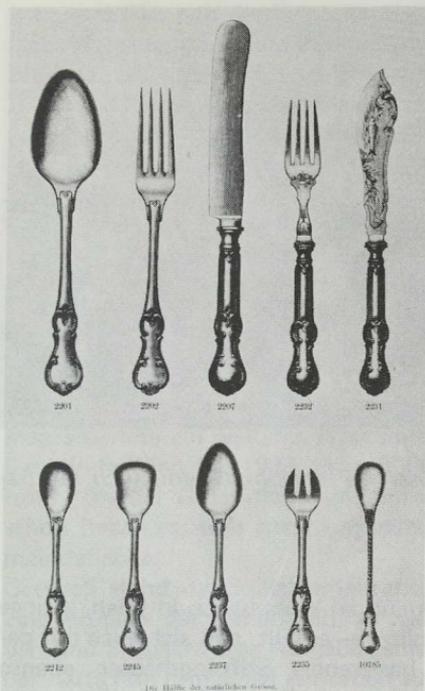


Abb. 13 u. 14: Berndorf, Fabrikprodukte

merer Bevölkerung hinzuwirken“<sup>33</sup>. Die 1898-1900 errichteten Jubiläumshäuser (Abb. 15) stellen für die nach dem Krieg entstandenen Gemeindebauten eine wichtige Vorstufe dar. Das Bauareal wurde nur zu zirka 45% verbaut und damit die allgemein praktizierte Quote von 85% auf fast die Hälfte reduziert<sup>34</sup>. Vergleichbar ist die Anlage eines gemeinsamen Innenhofes mit Kinderspielplatz und die Abkehr vom Bassenatypus der Zinskasernen, da an den Stiegen in jedem Geschoß höchstens vier Wohnungen angegliedert sind; zu jeder Wohnung gehört ein eigenes WC. Von großer Bedeutung sind die Wohlfahrtseinrichtungen: es wurde eine zentrale Dampfwascherei errichtet, und man gliederte den Häusern eine Badeanstalt und Volksbibliothek an, sowie einen Festsaal und einen Raum, in dem täglich ein Arzt für die Bewohner seine Sprechstunde abhielt<sup>35</sup>.

In der Stellungnahme eines der Kuratoren der Stiftung, mit deren Gründung nach des Kaisers eigenen Worten, einer seiner Herzenswünsche in Erfüllung gegangen sei, wird eine der hauptsächlichen Motivationen klar: „... es ist von ebenso großem Interesse für die Wehrkraft des Reiches, wie die Beschaffung einer neuen Waffe, daß die Bevölkerung nicht in dumpfen und ungesunden Wohnungen physisch und moralisch verkümmert, sondern daß in gesunden lichten Räumen physisch und moralisch gesunde Generationen heranwachsen.“



Abb. 15: Kaiser Franz Joseph-Jubiläums-Häuser. „Festschmuck anlässlich des Besuchs des Kaisers“.

Schon die, in Relation zum gesamten Fehlbestand an Wohnungen in Wien, geringe Zahl von 380 – 1910 von 1642 Personen benützt – erhellt, daß sich auch mit der Errichtung dieser auf karitativer Benevolenz basierender Stiftungshäuser ebenso wie mit anderen gleichartig strukturierten Projekten die Wohnmisere in Wien nicht ändern ließ. Das geschah erst – wie in vielen europäischen Ländern – während des 1. Weltkrieges. 1917 beschloß das Parlament, daß Mieter unterschiedslos vor Kündigung und Zinssteigerung zu schützen seien. Die Motivation für die Einführung dieses Gesetzes lieferte der radikalste Gegner der späteren kommunalen Wohnbautätigkeit: „... (das Gesetz) diene zur Beruhigung der im Felde stehenden Männer, die für ihre Familien Obdachlosigkeit befürchten mußten, wenn sich die Lage auf dem freien Wohnungsmarkt so weiter entwickelte“<sup>36</sup>. Infolge der rapiden Geldentwertung führte dieses Gesetz zum völligen Verschwinden der Hausbesitzerrente, da die Hausbesitzer nicht mehr vom Zins ihres Kapitals in Form des Hauses leben konnten. Als mit den Neuwahlen 1919 die Sozialdemokratische Partei in Wien die Mehrheit erhielt, wurde unter Bürgermeister Jakob Reumann diese de facto Enteignung bewußt durch das neue Mieterschutzgesetz von 1922 sanktioniert, denn es billigte dem Hausbesitzer als Grundmietzins lediglich den halben Friedenszins zu. Zu diesem Grundmietzins mußten die Mieter noch einen Instandhaltungszins, sowie Betriebskosten und Steuern bezahlen, letztere existierten vorerst als Mietzinsabgabe und wurden 1923 mit Zweckbindung in die Wohnbausteuer umgewandelt. Um nun ohne wesentliche Belastung der ärmeren Schichten zu entsprechenden Einnahmen zu gelangen, wurden diese Steuern stark progressiv eingeführt. Neben der Wohnbausteuer widmete man auch noch Erträge anderer Steueraufkommen zur Errichtung von Wohnungen, wobei man davon ausging, „soweit wie nur irgendwie möglich, jede Art von Luxus zu besteuern, schon aus dem sozialen Grunde, um in einer Zeit, in der Hunderttausende verelendeten, den Kreis neuer Reicher, der ein üppiges Leben führt, wenigstens dabei auch für die Allgemeinheit tributpflichtig zu machen“.

Interessant ist nun die Tatsache, daß die Sozialdemokratie als Ursache für die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes durch die Gemeinde Wien nicht sozialpolitische, sondern rein wirtschaftliche Erwägungen anführt: „Die österreichische Industrie ist zu siebzig Prozent auf den Export angewiesen. Sie steht im Wettbewerb mit den oft besser organisierten, technisch glanzvoll ausgestatteten, durch billige Kredite unterstützten Industrien der übrigen Welt. Die Konkurrenzfähigkeit kann nur durch verhältnismäßig niedrige Löhne aufrechterhalten werden. Eine einzige Komponente ist es, die aus dem Lohne entfernt werden kann, das ist der Wohnungsaufwand. Fällt der Mieterschutz, dann müssen die Löhne in die Höhe schnellen. Deshalb ist er das höchste wirtschaftliche Gebot“<sup>37</sup>.

Schon 1919 begann die Gemeinde Wien mit der Errichtung der ersten Siedlung auf der Schmelz, 1922 baute sie 658 Wohnungen, 1923 schon über 2000 und im selben Jahr faßte der Gemeinderat den Beschluß, innerhalb von 5 Jahren 25000 Wohnungen zu errichten. Dieses Programm wurde schon ein Jahr früher, (1927) erfüllt und man arbeitete ein weiteres Programm für 30000 Wohnungen aus. So errichtete die Gemeinde Wien bis 1933 zirka 60000 Wohnungen und war damit im Besitz von rund 10% der Gesamtwohnungsanzahl Wiens. Überdies verfügte sie über ein teils schon bebautes, teils noch ungenütztes Wohnbauareal von 32% der gesamten Gemeindefläche.

Generell stand die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt, „der Wohnungsbau sei eine Aufgabe der Gesamtheit, so wie schon früher die Errichtung von Schulgebäuden und Spitälern eine Aufgabe gemeindlicher oder staatlicher Fürsorge war“<sup>38</sup>. Jeder hatte nun prinzipiell Anspruch auf eine Wohnung, die nun nicht mehr nach dem Gesichtspunkt der Benevolenz, sondern nach jenem der Bedürftigkeit vergeben wurde, und zwar nach einem bestimmten Punktesystem. Die Mieten reduzierte man auf die reinen Instandhaltungskosten, sodaß jeder das Geld für sie aufbringen konnte. Über das Wohnbauprogramm selbst hieß es: „... aber es galt nicht nur Wohnungen zu bauen, sondern sie auch in einer dem Zeitgeist und den modernen Anforderungen in hygienischer und künstlerischer Beziehung entsprechenden Form und Art auszuführen“<sup>39</sup>. Das implizit postulierte Anspruchsniveau definierte Josef Bittner, als der für alle Wohnungsangelegenheiten zuständige Oberstadtbaurat, so: „... die Gemeinde Wien (ist) in eine neue gewaltige Bauperiode getreten, die sich im Umfang mit der einstigen Ringstraßen-Bautätigkeit messen kann. Damals schmückte der Staat mit Palästen, Museen und Baudenkmalern seine Residenz, heute ist die Stadt Wien ihr eigener Bauherr und ihre Schöpfungen sind allein von sozialen Gedanken geleitet“<sup>40</sup>.

Die Konzeption vieler Gemeindebauten bestätigt die hier angesprochene Auseinandersetzung und Aneignung ehemals feudaler und im 19. Jahrhundert (vom Bürgertum) okkupierter Hoheitsarchitektur und deren Pathosformeln. So etwa soll mit den Barockziten, vor allem in den städtebaulichen Gesamtanlagen, der sozialdemokratische Herrschaftsanspruch postuliert und gleichzeitig dem neu errungenen Selbstverständnis Ausdruck verliehen werden. Mit der starken Tendenz zur Achsialität, die in einem Ehrenhof ihr monumentalisiertes Zentrum findet, versucht man Herrschaft architektonisch zu vergegenwärtigen.

Beim Reumann-Hof (Abb. 16a, 16b) schließen funktionslose, vorgezogene Laubengänge mit Pavillons den Ehrenhof mit überhöhtem Mittelteil gegen die Straße zu ab;



*Abb. 16 a + b: Reumann-Hof*



im Hof selbst eine kleine Wasseranlage. Der vor dem Bau liegende Park wird mit einbezogen in die Gesamtwirkung und hat damit ähnliche Funktion wie ein Schloßpark: „Es bietet sich dem Beschauer ein schöner Anblick, wenn er, über das Bassin mit den Springbrunnen hinweg, den ganzen Straßenhof mit seinem künstlerischen und seinem Pflanzenschmuck ins Auge faßt. Die stattliche Baumreihe sowie das Leben und Treiben daselbst gewähren einen interessanten Abschluß dieses Bildes“<sup>41</sup>.

Übersteigert findet sich die Konzeption des Reumann-Hofes im Karl Seitz-Hof wieder: der Ehrenhof, umgestaltet zu einer riesigen Exedraanlage (Abb. 17), der Gebäudekomplex selbst streng achsial zur inneren Hauptstraße ausgebildet, der Mittelteil überhöht mit Turmaufsatz und beherrschendem Rundbogenportal mit begleitenden Fußgängerdurchlässen. Der vom Schloßbau übernommenen Struktur entspricht auch der über mehrere Geschosse gehende Festsaal mit Balkon über dem Portal.

Den Zitatcharakter dieser Architektur und die dahinterstehende Ideologie deckte Josef Frank schon 1926 auf: „... dahinter sehen wir auf einmal wieder eine ganze Gesinnung auftauchen, die des gesinnungslos gewordenen Kleinbürgertums. Eine Gesinnung, die vom Stützpunkt des Palastes ausgehend, ihren ganzen Drang nach Repräsentation auf Kosten der Wohnkultur auf unsere Zeit gerettet hat“, und gleichsam entschuldigend „gewiß, wir konnten keinen anderen Weg gehen. Unser Vorbild war eben der adelige Palast, das einzige wertvolle Baudenkmal Wiens, aber mit ihr eine Kultur, die nicht die unsrige ist, die von oben und nicht von unten kommt und keinen Boden mehr hat“<sup>42</sup>.

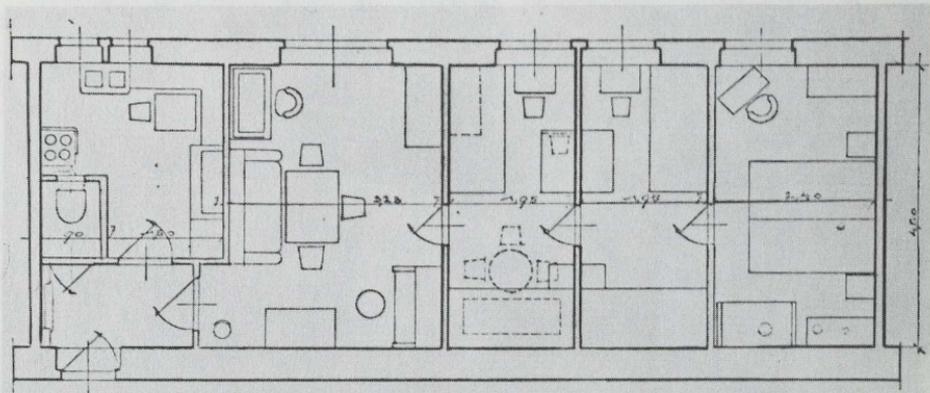


Abb. 17: Karl Seitz-Hof

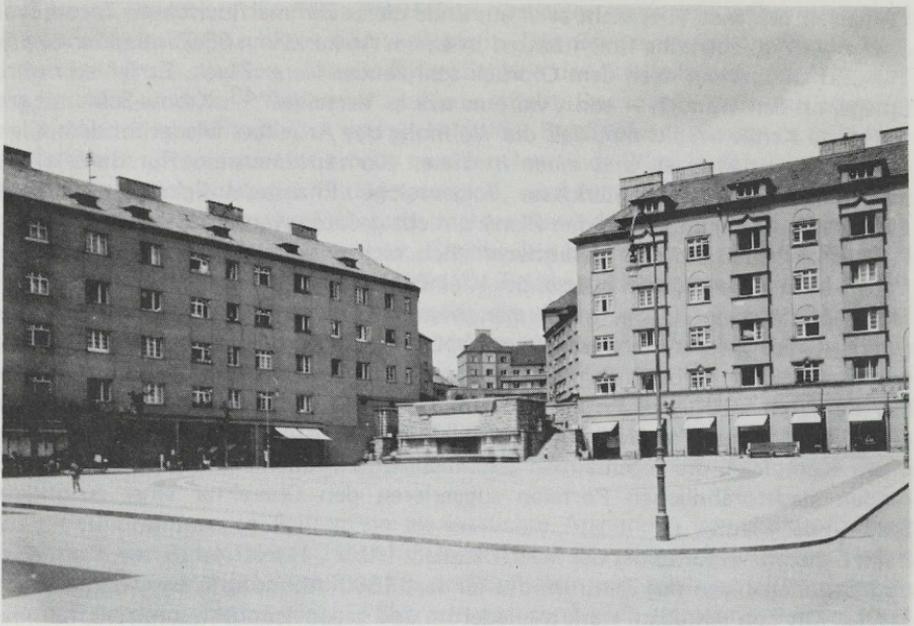
Die Gesamtkonzeption des Reumann-Hofes konstituiert andererseits aber auch eine komplex abgestufte Architekturöffentlichkeit. Die Grenze zwischen Straße und Straßen-Hof ist so diaphan, daß die Öffentlichkeit der Straße in den „Bau“ hineingezogen wird, und er Anspruch auf jene erhebt. Das manifestiert sich etwa an der am überhöhten Mittelteil – und nicht an der Straßenfront direkt – angebrachten Aufschrift „Reumann-Hof erbaut von der Gemeinde Wien in den Jahren 1924-1925“. Diese, eine Attikabekrönung ersetzend, wird zum neuen Herrschaftssymbol und wendet sich an den Architekturbetrachter (und damit an die Öffentlichkeit) und nicht an den Architekturbenützer. Gleichzeitig beginnt aber im Ehrenhof auch schon die Abgrenzung von außen. Meldet das Bassin mit Springbrunnen bereits Distanzierung von der Straße an – man könnte von einer „Grenz“-Öffentlichkeit sprechen –, so deklarieren sich die eigentlichen Innen(Binnen)höfe (durch Portale und Gitter vom Straßenhof getrennt) als *die* Öffentlichkeit des Gemeindebaues, als möglicher Ort der Entfaltung neuer Verkehrsformen, als garantierte (Grün)Fläche zur Rekreation. In diese Höfe münden alle Stiegenhäuser, von diesen potentiellen Kommunikations„zentren“ betritt der Bewohner seinen Privatbereich, seine Wohnung.

Deren Grundrißlösungen weisen sie als versuchte Aneignung der gutbürgerlichen Wohnpraxis der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts aus. Die damals kanonische Einteilung in Vorzimmer, Küche, Wohn-, Eß- und Schlafzimmer blieb bestehen, neue innere Aufteilungen wurden nicht in Betracht gezogen. Auch hier war es wieder Josef Frank, der daran erstmals Kritik übte. An Hand des Möblierungsgrundrisses für den Karl Seitz-Hof (Abb. 18) erklärte er: „Der gute Bürger nennt zwar vier Zimmer sein eigen, aber bewohnt nur Speise- und Schlafzimmer (wohl weil er Essen und Schlafen für seinen Lebenszweck hält) und läßt sein übriges Zimmer (Wohnzimmer) zu Repräsentationszwecken leerstehen. Das eigentliche Zentrum des familiären Lebens wird die Küche und das Schlafzimmer ist der Salon, da wir uns einmal in einem Palast befinden“. Als Grundrißbeschreibung (zu Abb. 18) formulierte er sarkastisch: „Das ist die typische Palast-Wohnung mit den für einen Zug durchmarschierender Burggendarmen stramm ausgerichteten Türen, die eine weite Perspektive durch die

Abb. 18: Karl Seitz-Hof, Möblierungsgrundriß







*Abb. 21: (oben) Sandleiten-Hof, Matteottiplatz – Abb. 22: (rechts, oben) Sandleiten-Hof, Gomperzgasse – Abb. 23: (rechts, unten) Sandleiten-Hof, Terrasse*

sene Platz, an dem nur an einer Seite die Straße vorbeiführt, der Brunnen, der nicht in der Platzmitte, sondern am Rand situiert ist, die unregelmäßig geführten inneren Erschließungsstraßen, wodurch immer neue Einblicke gewährt werden, die Ausnützung des natürlich terrassierten Geländes etc. findet in Sandleiten seine Verwirklichung (Abb. 22, 23).

Das allen Lösungen der architektonischen Durchgestaltung zugrundeliegende System: Expressivität der betont wuchtig gehaltenen Baukörper, monumental-komplexe Portalarchitekturen einerseits (Abb. 24), weitläufig-ausgedehnte Gartenflächen innen andererseits (Abb. 25), erzielt eine dualistische Wirkung: den Außenstehenden schroff abweisend durch die ihn diminuierende Wirkung der baulichen Übermacht, dem Bewohner selbst aber, im Augenblick des Durchschreitens des mächtigen Rundbogenportals Schutz, Geborgenheit gegen eine feindliche Umwelt suggerierend. Beim Betreten des Hofes kommt er in eine neue, seine (Um)Welt. Damit parallelisieren diese Bauten weitgehend den politischen Standort der Sozialdemokratie dieser Zeit. Sie war mächtig, sie war, beziehungsweise konnte sich dieser Macht aber nicht sicher sein – realiter wegen der latenten Bedrohung durch die Reaktion, den aufkommenden Austrofaschismus, ideell wegen ihres kleinbürgerlichen Programms, das darauf abzielte, die arbeitende Klasse nicht zu revolutionieren, sondern zu domestizieren.

Signifikant, daß mit Hilfe der Architektur Wunsch und Bedürfnis nach Schutz vor dem Draußen, nach Abkapselung von der Umwelt artikuliert und realisiert wird.





*Abb. 24: Paul Speiser-Hof*

*Abb. 25: Sandleiten, Innenhof*



Der Bewohner soll sich in den Bau als in eine Art Getto zurückziehen können, um seine eigene, in sich geschlossene, autarke Enklave zu bilden. Diese Einstellung entspricht ganz jener der Sozialutopisten des 19. Jahrhunderts, zu denen es auch in formaler Hinsicht Bezüge gibt (Reumann-Hof – Fouriers Phalanstere).

Diese Realitätsflucht prägt auch die sogenannte „künstlerische Ausgestaltung“ der Bauten. Putti und die Welt des Tierreiches regieren die sozialdemokratische Rekreationsphäre. Die gegenwärtige Welt der Arbeit wird ausgeklammert oder in jene der vorindustriellen Handarbeit zurückprojiziert. Selbst die überlebte Form der Allegorie mit ihrer schon von Hegel attestierten Sprödigkeit wird einer realitätsbezogenen Darstellung vorgezogen<sup>46</sup>.

Mit dem bisher Analysierten erweist sich das Bauprogramm der Gemeinde Wien als integraler Bestandteil des Kultur-, ja des Gesamtprogrammes der Sozialdemokratischen Partei. Mit der retrospektiven Nachahmung und Aneignung des ehemals einer exklusiven Schicht vorbehaltenen Kulturkonsums glaubte man den Weg in eine bessere Zukunft und das Mittel „zur Befreiung der Arbeiterklasse“<sup>47</sup> gefunden zu haben. Nichts drückt diesen „Heilsgedanken“ besser aus, als die Devise in der Bibliothek des Sandleiten-Hofes: „Bücher haben uns in die Sklaverei gebracht, Bücher werden uns wieder befreien“. Dazu Walter Benjamin: „Der Parole Arbeit und Bildung der staatsfrommen Vereine für Arbeiterbildung stellte die Sozialdemokratie die Parole Wissen ist Macht entgegen. Aber sie durchschaute nicht deren Doppelsinn. Sie meinte, das gleiche Wissen, das die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proleta-

Abb. 26: Reumann-Hof, Februar 1934



riat befestige, werde das Proletariat befähigen, von dieser Herrschaft sich zu befreien. In Wirklichkeit war ein Wissen, das ohne Zugang zur Praxis war und das Proletariat als Klasse über seine Lage nichts lehren konnte, ungefährlich für dessen Unterdrücker“<sup>48</sup>.

Eine zusätzliche historische Dimension bekamen die Wiener Gemeindebauten durch die Geschehnisse im Februar 1934, die – oberflächlich gesehen – den zeitgenössischen Ruf der Bauten als „rote Festungen“ – von der Reaktion auch als „Kasernen der roten Tyrannen“ verunglimpft<sup>49</sup> – zu rechtfertigen scheinen.

Daß Erker, Lauben, Balkone etc. zur Verteidigung genützt werden können, liegt auf der Hand, doch gehören diese formalen Lösungen zu sehr dem allgemeinen im Expressionismus gebräuchlichen Architekturrepertoire an, als daß man ihnen eine spezifische Defensivfunktion – von vornherein miteingeplant – zuschreiben dürfte. Der Eindruck des Wehrhaften ist ganz sicher intendiert, sogar ein gewisser Aggressionscharakter; aber er ist bloß als *Symbol* Architektur geworden.

Wie wenig die Architektur den revolutionären Arbeitern geholfen hat, realiter dem Austrofaschismus Widerstand zu leisten, zeigen die Vorgänge im Februar 1934. Die Arbeiter, durch gänzliches Versagen der Parteiführung, ohne Aktionseinheit, ganz auf sich allein gestellt, kämpften in aussichtsloser Position. Von allem Anfang an nicht auf Angriff, sondern auf Verteidigung bedacht, zogen sie sich in einzelne Gemeindebauten zurück, wo ihr Widerstand in kürzester Zeit gebrochen wurde. Den Ereignissen eignet tragischerweise der Charakter eines spontanen, ohnmächtigen Aufbäumens, und nicht jener einer strategisch durchdachten, geplanten Revolution.

## Anmerkungen

1 Hans Hautmann u. Rudolf Kropf: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik. Wien 1974, S. 31 ff. (Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, 4).

2 Ludwig Förster: Das Wohnhaus des Herrn Franz Klein in Brünn, in: Allgemeine Bauzeitung, 13, 1848, S. 46-47, Bl. 154-161.

3 Ludwig Förster: Entwurf zu einem Etablissement für Arbeiterwohnungen in Wien, in: Allgemeine Bauzeitung, 14, 1849, S. 119-120, Bl. 263.

4 Förster war einer der produktivsten Architekten Wiens um die Mitte des 19. Jahrhunderts, arbeitete auch mehrere Pläne für eine Wiener Stadterweiterung aus und ist vor allem als Herausgeber der Allgemeinen Bauzeitung bekannt.

5 Förster, Wohnhaus Klein, zit. Anm. 2.

6 Analog dazu ist beispielsweise von Theophil Hansen die Fassade des Heinrichshofes in Wien konzipiert. Siehe dazu die Analyse von Mara Reissberger in Renate Wagner-Rieger u. Mara Reissberger: Theophil Hansen (vorläufiger Titel). Wiesbaden, dzt. in Druck (Die Wiener Ringstraße, VIII/4).

7 Franz Klein wurde später mit Prädikat Edler von Wiesenberg geadelt.

8 Förster, Etablissement für Arbeiterwohnungen, zit. Anm. 3.

9 ebenda

10 Die Gartenlaube, 1865, Nr. 35, S. 552 ff.

11 Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, in: MEW, 18, Berlin 1971, S. 213 ff.

12 Förster, Etablissement für Arbeiterwohnungen, zit. Anm. 3.

- 13 zit. nach Felix Oppenheimer: Die Wohnungspolitik der Gemeindeverwaltungen in Österreich, in: Bericht über den IX. Internat. Wohnungskongreß Wien 1910. Wien 1911, Bd. 1, S. 145.
- 14 Adolf Loos: Die potemkinsche Stadt, in: ders., Sämtliche Schriften, Bd. 1, Wien 1962, S. 154.
- 15 R. v. Eitelberger u. Heinrich Ferstel: Das bürgerliche Wohnhaus und das Wiener Zinshaus. Wien 1860, S. 18.
- 16 Eugen v. Philippovich u. Paul Schwarz: Wohnungsverhältnisse in österreichischen Städten insbesondere in Wien. Wien u. Leipzig 1900; sowie zahlreiche weitere Literatur.  
Eine Untersuchung beschreibt die Wohnung eines Schuhmachersgesellen. In der 12 m<sup>2</sup> großen Küche schliefen die 2 Kinder des Heimarbeiters, das 18 m<sup>2</sup> große Zimmer mit 3 Betten und einem Diwan benützten der Geselle mit seiner Frau, ein Metallgießer mit Frau und 2 ledige Bettgeher. Mit dem eingehobenen Schlafgelde bestritt der Schuhmacher den Mietzins (Die Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der Schuhmacher. Wien 1906, S. 107).
- 17 Eugen v. Philippovich: Wiener Wohnungsverhältnisse. Berlin 1894, S. 26.
- 18 Heinrich Rauchberg: Ziele und Wege der Wohnungsreform in Österreich. Wien 1907, S. 9.
- 19 Philippovich, zit. Anm. 17, S. 48.
- 20 Wilhelm Flattich: Beschreibung eines Wohnhauses für das Dienstpersonal der k.k. priv. Südbahn-Gesellschaft am Bahnhofe Meidling bei Wien, in: Allgemeine Bauzeitung, 35, 1870, S. 72-73, Bl. 17-19.
- 21 ebenda
- 22 Im Gegensatz dazu war es bei den nach 1848 in Wien errichteten Kasernen immer eines der obersten Ziele, mit der künstlerischen Ausgestaltung den „Charakter einer Verteidigungsanstalt zu verschleiern“.
- 23 zit. nach: Die Kaiser Franz Joseph I. Jubiläums-Stiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen. Wien 1910, S. 18 f.
- 24 Wien am Anfang des XX. Jahrhunderts. Ein Führer in technischer und künstlerischer Richtung. Hrsg. v. Paul Kortz, Bd. II, Wien 1906, S. 453.
- 25 Der südlich bzw. südöstlich von Wien gelegene Teil Niederösterreichs gehört zu den frühest industrialisierten Gebieten. Dies erklärt sich daraus, daß – bedingt durch die Thermenbruchlinie – die für die Industrie wichtigen Flüsse im Winter nicht zufrieren und deshalb eine ganzjährige Produktion aufrechterhalten werden konnte.
- 26 Gerhard Kraft: Die geschichtliche Entwicklung der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp. Berlin 1942, S. 9.
- 27 Die Planung erfolgte in mehreren „Kolonien“, wobei mit der Errichtung der nächsten „Kolonie“ erst dann begonnen wurde, wenn alle bisher erbauten Häuser verkauft waren.
- 28 Das erste Wohnhaus Krupp, noch unter dem Fabriksgründer Hermann Krupp errichtet, stand auf dem Fabrikareal und wurde später als Direktionsgebäude genutzt.
- 29 Die Arbeiterkolonie der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp in Berndorf, in: Allgemeine Bauzeitung, 77, 1912, S. 43 f.: „Jeder Arbeiter, der imstande ist, 500 K zu erlegen, kann sein eigenes Haus bauen. Den Rest leiht die Fabrik zu 3%. Nach achtzehn Jahren gehört das Haus vollständig dem Arbeiter, nachdem er durch diese Zeit allwöchentlich einen bestimmten Betrag zur Tilgung seiner Schuld entrichtet hat. Die Pläne werden kostenlos beigelegt. Man kann nach Größe und Lage drei Häusertypen unterscheiden. Von den drei Typen kostet die erste 10 000 K, mit einer wöchentlichen Abzahlung von 8 K, die zweite Type 12 000 K mit einer wöchentlichen Abzahlungsrate von 10 K, die dritte Type 11 000 K. Außerdem gibt es noch kleinere Häuschen im Betrage von 6000-8000 K, so daß jeder Arbeiterkategorie der Besitz eigener Wohnhäuser ermöglicht wird“. (K = Kronen)

- 30 Die neuen Volks- und Bürgerschulen in Berndorf. Eine Gedenkschrift zur Eröffnung am 11. Dez. 1909, S. 101.  
 „In die innere stilistische Ausschmückung der Lehrzimmer wurden einbezogen: der Katheder und Lehrersessel, der Schulkasten und die vorderen Stirnwände der Schulbänke. Den verschiedenen Stilen entsprechend sind die ganzen Innenräume der Lehrzimmer . . . durchgebildet. Ferner ist ein vornehmer, aus Ölgemälden bestehender Bilderschmuck in Aussicht genommen“. Es gibt in jeder der beiden Schulen ein ägyptisches, dorisches, pompejanisches, maurisches, byzantinisches, romanisches, gotisches, römisches Renaissance-, Rokoko-, Louis XIV.-, barockes und ein Empire-Lehrzimmer (ebenda, S. 13 ff.)
- 31 zit. nach: Stadt Berndorf 1900-1950. Denkschrift aus Anlaß der Stadterhebung vor 50 Jahren, a.a.O., S. 42.
- 32 „Grundsätzlich ist nur Accordarbeit eingeführt und nur bei solchen Arbeiten, bei welchen dies undurchführbar ist, Lohnarbeit“ (Arbeits-Ordnung für die Berndorfer Metallwaren-Fabrik Arthur Krupp. Berndorf 1896. S. 6)
- 33 zit. Anm. 23.
- 34 Die Gemeinde Wien senkte später bei einzelnen Bauten die Quote bis auf unter 20%, so etwa beim Karl-Marx-Hof.
- 35 Die größeren Wohnhöfe der Gemeinde Wien hatten alle Zentralwäscherei und Kindergarten, einzelne auch eine Bibliothek. Die Arztbetreuung ging in der 1. Republik im umfangreichen gesundheitspolitischen Konzept der Wiener Sozialdemokratie auf.
- 36 Josef Schneider: Der Tod von Wien. Wiener Wohnungspolitik 1918-1926. Zürich-Leipzig-Wien o.J., S. 4.
- 37 Die Wohnungspolitik der Gemeinde Wien. Ein Überblick über die Tätigkeit der Stadt Wien seit dem Kriegsende zur Bekämpfung der Wohnungsnot und zur Hebung der Wohnkultur. Wien 1926, S. 29 ff.
- 38 Anton Weber: Wiener Wohnungs- und Sozialpolitik, in: Das Neue Wien, Bd. I, Wien 1926, S. 193.
- 39 Die Gemeinde Wien und die bildende Kunst, in: Das Neue Wien, Bd. II, Wien 1927, S. 150.
- 40 Josef Bittner: Neubauten der Stadt Wien, Bd. 1: Die Wohnhausbauten. Wien-Leipzig-New York 1926, S. 3.
- 41 Die Wohnhausanlage der Gemeinde Wien Reumann-Hof. Wien o.J., S. 10.
- 42 Josef Frank: Der Volkswohnungspalast. Eine Rede, anläßlich der Grundsteinlegung, die nicht gehalten wurde, in: Der Aufbau, 1, 1926, S. 108.
- 43 ebenda
- 44 Karla Krauss u. Joachim Schlandt: Der Wiener Gemeindewohnungsbau — Ein sozialdemokratisches Programm, in: Kapitalistischer Städtebau. Hrsg. v. Hans G. Helms u. Jörn Janssen. Neuwied-Berlin 1970, S. 121.
- 45 Die meisten der Gemeindebauarchitekten waren Schüler Otto Wagners.
- 46 Peter Haiko u. Mara Reissberger: Die Wohnhausbauten der Gemeinde Wien 1919-1934, in: archithese, 12, 1974, S. 49 ff.
- 47 Siehe dagegen Josef Frank: „Der neue Stil ist aber auch ein Beruhigungsmittel für das Proletariat, ihm scheinbar als Geschenk dargebracht, samt dem Willen, sich anzugleichen“ (Josef Frank: Architektur als Symbol. Wien 1931, S. 115).
- 48 Walter Benjamin: Eduard Fuchs, der Sammler und der Historiker, in: ders., Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Drei Studien zur Kunstsoziologie. Frankfurt 1968<sup>2</sup>, S. 105.
- 49 Josef Schneider u. C. Zell: Der Fall der roten Festung. Wien 1934.